

WAHLEN

Neustart, nächster Versuch

Nach einer Niederlage in Hannover und Wiesbaden will Kanzler Schröder seinen zögerlichen Reformkurs beschleunigen. Im Finanzministerium werden schon kühne Steuerpläne durchgespielt. Wichtigster Partner im Bundesrat und Widersacher zugleich wäre Hessen-Premier Roland Koch.

Der SPD-Wahlkampf hat zwei Gesichter. Im Licht von TV-Kameras und Großscheinwerfern ist allerorten strahlende Zuversicht gefragt. „Es wird gekämpft und gesiegt“, hämmerte der hessische Spitzenkandidat Gerhard Bökel in der vorvergangenen Woche seinem Parteivolk ein. „Wir werden das packen“, verkündete der niedersächsische Ministerpräsident Sigmar Gabriel, nicht frei von Trotz.

Wenn die Lichter ausgehen und die Genossen sich unbeobachtet wähnen, sind Frust und Verzweiflung kaum zu überhören. Ob er noch etwas im Hut habe, wollte Gabriel kürzlich von seinem Lehrmeister Gerhard Schröder wissen. Doch der zuckte nur die Schultern: „Diesmal ist es dein Hut.“

Alle Institute sehen die CDU bei den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen am kommenden Sonntag weit vor der SPD. Das Wort von der „Denkzettelwahl“ macht unter Spitzengonossen die Runde. Der aufgestaute Zorn über den Stolperstart der Schröder-Regierung könnte sich unter mächtigem Getöse entladen.

Allenfalls ein Scheitern der krisengeplagten FDP (siehe Seite 36) an der Fünf-Prozent-Hürde würde ein Debakel vielleicht noch verhindern, hoffen die Sozialdemokraten. In Wiesbaden reicht selbst das wahrscheinlich nicht. „Hessen ist verloren“, sagt Forsa-Chef Manfred Güllner, der die CDU unter Ministerpräsident Roland Koch bei 50 Prozent sieht. Herausforderer Bökel hat trotz quälender Suche kein Thema, das wenigstens die eigenen Stammwähler mobilisieren könnte.

Auch in Niedersachsen scheint das bis vor kurzem Undenkbare möglich: CDU-Dauerkandidat Christian Wulff, an dem seit Jahren das Verlierer-Image klebt, liegt nach den Umfragen der Meinungsforscher bei 46 Prozent – so viel wie Rot und Grün zusammen.

Das bundespolitische Klima ist für die Regierenden frostiger denn je. Nur noch 25 Prozent aller Wahlbürger sympathisieren derzeit mit der SPD, so das ZDF-„Politbarometer“ vom Freitagabend – das ist der schwächste Wert seit Beginn dieser Erhebung im Jahr 1977. Die CDU kommt in der Stimmungsumfrage auf 56 Prozent. Steuererhöhungen im Wochentakt, ein viel stimmiges Durcheinander von Ministern und

Sozialdemokraten Gabriel, Schröder



TOBIAS SCHWARZ / REUTERS

Fraktionsfunktionären und nicht zuletzt eine SPD, die nach dem knappen Wahlsieg im September im Gleichschritt mit den Gewerkschaftsbossen gestartet war, sorgten für Verwirrung und Unmut.

Bei den Genossen werden Erinnerungen an das Katastrophenjahr 1999 wach, als sie in schneller Folge mehrere Landtagswahlen verloren und die Bundesregierung erst nach zwei personalpolitischen Beben wieder Tritt fasste. Finanzminister Oskar Lafontaine flüchtete abrupt ins Privatleben, Kanzleramtschef Bodo Hombach wurde auf den Balkan versetzt, Schröder sah sich zum Neustart animiert.

Diesmal wollen die Akteure, selbst wenn am Sonntag alles schief geht, eine öffentliche Personaldebatte vermeiden. Bauernopfer in Regierung oder Parteiführung sind nicht geplant – schon allein deshalb, weil sich keine Ersatzkandidaten anbieten.

So darf auch der zuweilen tapsig agierende Generalsekretär Olaf Scholz seinen Posten wohl behalten – freilich nur auf Bewährung. Seine Aussagen zur Familienpolitik („Lufthoheit über den Kinderbetten“) und zur Altersvorsorge („Kein hektischer Handlungsbedarf“) hatten dem Neuling mächtig Ärger und ein freundschaftlich-mahnendes Gespräch mit dem Parteichef eingebracht. Die SPD, so Schröders Vorgabe, solle als Partei der Modernisierer und nicht als Club von Blockierern wahrgenommen werden.

Auch der Niedersachse Gabriel, der mit seinen handgestrickten Klassenkampf-Parolen („1 Prozent Vermögensteuer für 100 Prozent Bildung“) und allerlei Rempelen gegen den Kanzler für Aufsehen sorgte, darf mit allzu viel Nachsicht nicht rechnen. Die Erwartung in Berlin ist klar: Er muss auch bei einer Niederlage auf dem Stuhl des Oppositionsführers in Hannover Platz nehmen. „Die Partei liebt nicht nur



STEFAN HUSCH / TIZ

Hessischer SPD-Spitzenkandidat Bökel: *Drohendes Debakel*

die Sieger, sondern auch die Kämpfer“, so ein SPD-Präsidiumsmitglied.

Noch aber rennt die SPD – allen voran der Kanzler – gegen das drohende Debakel an. Einen Rest von Mut schöpft Schröder vor allem daraus, dass er es gerade erst bei der Bundestagswahl geschafft hat, im Verein mit Joschka Fischer der Union den sicher geglaubten Sieg noch zu entreißen. Das Drehbuch aus dem Spätsommer holte er nun wieder hervor. Der drohende Krieg gegen den Irak, Teil II, soll seiner Partei die Wähler zutreiben. Zumal die Union ins Wanken geraten ist, seit der Papst und die Kirchen zum Protest gegen den Waffengang aufrufen.

„Rechnet nicht damit, dass Deutschland einer den Krieg legitimierenden Resolution zustimmen wird“, verkündete der Kanzler am vergangenen Dienstag in Goslar – und ging damit klar über seine bisherigen Andeutungen hinaus. Schröder, Außenminister Fischer und Verteidigungsminister Peter Struck hatten am Donners-

tag davor intern vereinbart, dass ein „Ja“ zum Krieg unmöglich sei. „Die Grundlage für eine Zustimmung“, so ein Teilnehmer des Treffens, „ist nicht mehr gegeben.“

Der Ton wird jeden Tag schärfer, dafür sorgt nun auch der Generalsekretär. Die Union isoliere sich immer stärker, poltert Scholz: „Es ist unpatriotisch, wie Merkel und Stoiber die Regierung kritisieren.“

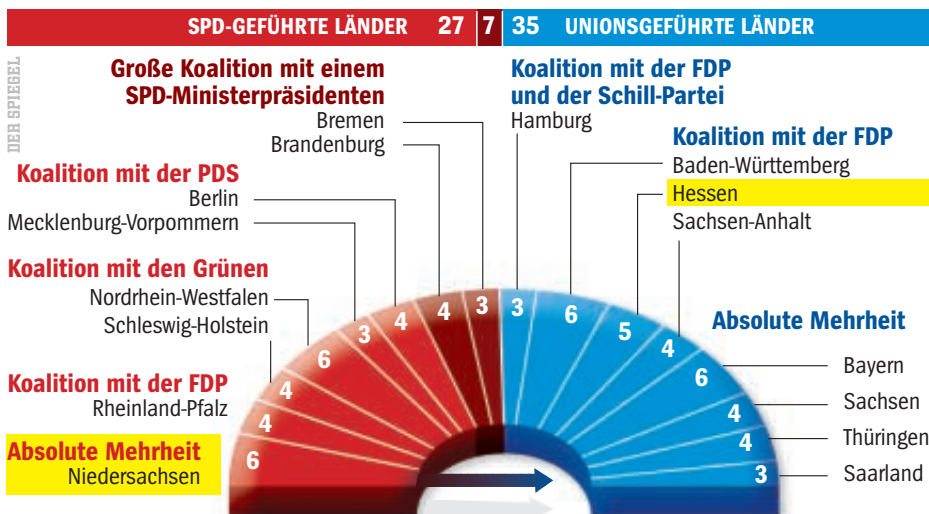
Wie schon im September erweist sich die US-Administration als bester Wahlhelfer der Genossen: Mit seiner Kritik an Deutschland und Frankreich („Das ist das alte Europa“) brachte US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld auch die Konservativen in der Union gegen sich auf – und gab den Genossen eine Steilvorlage für die Mobilisierung ihrer Klientel. Die große Mehrheit der Deutschen glaubt, wie Schröder und Fischer, dass der Krieg unmittelbar bevorsteht – und lehnt ihn strikt ab, so wie es Kanzler und Vize täglich mehrfach formulieren.

Bei den hessischen Genossen, wo SPD-Herausforderer Bökel bereits Zeitungsanzeigen mit dem Satz „Nein zum Irak-Krieg“ schaltete, keimen hoffnungsvolle Erinnerungen an den Golfkrieg von 1991. Damals raubte Hans Eichel der Union mit einem strikten Anti-Kriegs-Wahlkampf den sicher geglaubten Sieg.

Doch die Chancen, dass der SPD ein ähnlicher Coup wie bei der Bundestagswahl gelingen könnte, stehen nach Ansicht der Meinungsforscher schlecht. „Das Thema Irak ist partiell verbraucht und wird nicht die gleiche Rolle spielen wie im Herbst“, sagt Dieter Roth von der Forschungsgruppe Wahlen. „Schröders Worte beseitigen die Zweifel an seiner Haltung zum Irak, aber nicht die Unzufriedenheit über seine Wirtschafts- und Finanzpolitik“, meint Infratest-Chef Richard Hilmer.

So ist es nur realistisch, dass sich die Regierung bereits intensiv auf die Zeit nach dem 2. Februar vorbereitet. Die Phase der Selbstkritik und der gegenseitigen Schuldzuweisungen soll nicht allzu lange währen. Der Kanzler will die voraussichtlichen Nie-

Der Bundesrat heute ...



... und nach einem Wahlsieg der CDU in Niedersachsen



Letzte Unwahrheiten

Erfolgsbilanzen sollen in Hessen und Niedersachsen die Wähler von der Regierungsarbeit überzeugen. Dabei wird geschönt, was die Zahlen hergeben.

Für Hessens Opposition liegt der Fall eindeutig: Ministerpräsident Roland Koch gehört vor einen Wahllügen-Ausschuss. Der Christdemokrat behauptet in einer Wahlbroschüre, unter seiner Führung sei die Zahl der Straftaten im Land gesunken. Dabei, so die SPD am ver-

präsident Koch die absolute Mehrheit bescheren. In Niedersachsen sollen sie Ministerpräsident Sigmar Gabriel (SPD) vor einem Debakel bewahren. Dabei wird die Wirklichkeit in beiden Flächenländern geschönt, was die Zahlen gerade noch hergeben.



FRANK OSEBRINK

Sozialdemokrat Gabriel (in der Lüneburger Heide): „Mit Volldampf gegen die Wand“

gangenen Mittwoch, bewiesen von der Landesregierung zurückgehaltene Papiere, dass Diebstähle, Morde und Betrügereien um 5,3 Prozent gestiegen seien. Also: „Eine bewusste Täuschung“.

Innenminister Volker Bouffier (CDU) verteidigte die Schönfärberei: Die Zahlen seien nur Rohdaten, die Kriminalstatistik werde erst im März veröffentlicht.

Genau so reagierte ein SPD-Mann – in Niedersachsen: Innenminister Heiner Bartling hatte über die Kriminalität in seinem Sprengel Ähnliches wie Koch in Hessen behauptet. Darüber erregte sich am vergangenen Donnerstag Uwe Schünemann, Innenminister-Kandidat im Schattenkabinett von CDU-Oppositionsführer Christian Wulff. Die Zahl der Straftaten in Niedersachsen sei im Gegenteil gestiegen. Also: „Eine bewusste Täuschung“.

Bartling verteidigte sich in bewährter Weise: Die definitive Kriminalstatistik gebe es erst im März.

Eine Woche vor den Landtagswahlen in beiden Ländern am 2. Februar wächst die Nervosität bei Regierung und Opposition. Erfolgsbilanzen sollen in Hessen Minister-

„Unter allen Bundesländern hat Niedersachsen im vergangenen Jahrzehnt die meisten neuen Arbeitsplätze geschaffen“, tönt Gabriel. Was er nicht sagt: Es sind keineswegs Fulltimejobs. Im gleichen Zeitraum ist in Niedersachsen die Zahl der Teilzeitstellen stark gestiegen und bei Volkswagen die Viertagewoche eingeführt worden.

Tatsächlich ist die Arbeitslosigkeit im Gabriel-Land in den vergangenen Monaten sogar erschreckend gestiegen. Im Nordosten, in Ostfriesland oder auch im Harz ist beinahe jeder achte Erwerbsfähige ohne Job. Trotz hält Gabriel dagegen, dass es in Niedersachsen immerhin mehr Firmen Gründungen als Pleiten gebe.

Doch das von ihm behauptete „attraktive Wirtschaftsklima“ können andere nicht einmal andeutungsweise erkennen. Eine Konjunkturumfrage des Niedersächsischen Industrie- und Handelskammertages zumindest zeichnet ein düsteres Bild der Lage. Nur eine Deregulierung des Arbeitsmarktes bringe mehr Beschäftigung, hält Hauptgeschäftsführer Wilfried Prewo dem Landesvater vor, dem die Unterneh-

mer zudem seinen Einsatz für die Vermögensteuer übel nehmen.

Da steht Koch in Hessen besser da, jedenfalls in der öffentlichen Wahrnehmung. Bei der Einschätzung der Wirtschaftskompetenz liegt die Union in Umfragen sogar vor der FDP, die den Wirtschaftsminister stellt. Allerdings ist die Stimmungslage der Unternehmen in Hessen, das zeigt eine Umfrage der Industrie- und Handelskammer Frankfurt, nicht weniger miserabel als die in Niedersachsen.

Der Niedersachse Gabriel bestreitet nicht, dass sein Land im Vergleich zu anderen westdeutschen Flächenländern schlecht dasteht. Doch dann behauptet er kühn, das sei, 13 Jahren SPD-Landesregierung zum Trotz, eine Erblast der CDU. Altkanzler Helmut Kohl habe „Norddeutschland viele Jahre benachteiligt“.

Rastlos hat der frühere Lehrer in den drei Jahren seiner Amtszeit Firmen besichtigt, Gespräche geführt und oft den Eindruck vermittelt, er stehe an der Seite der Unternehmer. Doch der Strukturwandel will nicht recht vorankommen.

Wohl auch, weil es keine klaren Vorgaben gibt. Gabriel verwirrt mit seinem Hin und Her mitunter seine Wirtschaftsministerin Susanne Knorre ebenso wie Gewerkschafter. Zu einem Subventions-Dschungel hat sich die Wirtschaftsförderung entwickelt. Selbst Experten verloren angesichts von 68 verschiedenen Programmen schon mal die Orientierung. Dem soll nun, endlich, mit einer Landesinvestitionsbank ein Ende bereitet werden. Pünktlich zum Wahltermin machte der Landtag in der vergangenen Woche den Weg frei.

Der Hesse Koch ist da schon ein Stück weiter. Mit einer Reform ließ Koch das Dickicht von 3500 Verwaltungs- und Rechtsvorschriften lichten.

Und er gibt Geld aus. Für den Ausbau der Infrastruktur ebenso wie für die Erfüllung seiner Wahlversprechen: 2900 zusätzliche Lehrer, 1400 neue Referendare, 1100 zusätzliche Polizisten, 1300 neue Streifenwagen. Dafür verabschiedet Koch sich von der anvisierten Sanierung des Staatshaushalts. Mit zahlreichen Luftbuchungen werden derzeit noch die Einnahmen geschönt. Doch die Wahrheit, glauben Experten wie Clemens Knobloch vom Steuerzahlerbund, sei nicht mehr lange zu vertuschen: „Seit 2001 läuft der Haushalt aus dem Ruder.“

Diesen Vorwurf hört die SPD-Regierung in Niedersachsen schon seit 13 Jahren. Gabriel muss jetzt mit Stimmenverlusten auch dafür zahlen, dass Gerhard Schröder zwischen Nordsee und Harz einen gigantischen Schuldenberg auftürmte, bevor er sich auf den Weg ins Kanzleramt machte. Als Gabriel und Schröder im September das Ems-Sperrwerk in Betrieb nahmen, das

* Bei einer Flugzeugtaufe in Frankfurt am Main.

die Zukunft der Papenburger Meyer-Werft sichern soll, stießen beide auf die einzige Hinterlassenschaft des Kanzlers an, von der sein Ziehsohn profitieren kann.

Unbestritten ist: Seit Schröder 1990 Ministerpräsident wurde, hat sich der Schuldenstand des Landes um mehr als 50 Prozent erhöht – er liegt inzwischen über 44 Milliarden Euro. Kaum nachvollziehbar hat das Land seit 1990 die Verwaltung um 6000 Mitarbeiter aufgebläht. Und Gabriel hat diese Probleme nicht gelöst, sondern eher vergrößert. Nach Ansicht des Bundes der Steuerzahler fahre er den Landeshaushalt „sehenden Auges mit Volldampf gegen die Wand“, der Staatsbankrott sei nur eine Frage der Zeit.

In vergangenen Jahr musste sich Niedersachsen 2,95 Milliarden Euro pumpen – ein historischer Rekord.

So liegt in der Not die größte Gemeinsamkeit von Gabriel und Koch. Der Hesse musste sich trotz aller Haushaltskosmetik im vergangenen Jahr knapp zwei Milliarden Euro bei den Banken leihen – so viel Kreditbedarf war noch nie in der Geschichte des Landes. Seit dem Amtsantritt Kochs sind die Schulden Hessens auf über 31 Milliarden Euro gewachsen. Kanzlerkandidaten-Karrieren sind offenbar überall teuer, in Niedersachsen wie in Hessen, bei der SPD wie bei der CDU.

Noch aber nimmt Kochs Image keinen Schaden. Im Dezember wurde er mit dem Mittelstandspreis 2002 ausgezeichnet. Die Laudatio hielt der Unternehmensbera-



Christdemokrat Koch*
Zahlreiche Luftbuchungen

ter Roland Berger. Der weiß, welche erdrückenden Schulden Kanzler-Aspiranten ihren Nachfolgern hinterlassen können: In den vergangenen Jahren wurde er Dutzende Male zum Hilfeseinsatz in Schröders Heimat Niedersachsen gerufen.

MICHAEL FRÖHLINGSDORF

derlagen nutzen, den erst seit kurzem erkennbaren Reformeifer zu steigern. „Wir schalten dann einen Gang höher“, sagt ein enger Gefolgsmann. Auf dem mit Abgeltungsteuer, Hartz-Reform, Mittelstandsoffensive und der geplanten Lockerung des Kündigungsschutzes zaghaft einge-

Mehrwertsteuersätze

Normalsätze in Prozent

Dänemark	25,0
Schweden	25,0
Finnland	22,0
Belgien	21,0
Irland	21,0
Italien	20,0
Österreich	20,0
Frankreich	19,6
Niederlande	19,0
Griechenland	18,0
Großbritannien	17,5
Portugal	17,0
Spanien	16,0
Deutschland	16,0
Luxemburg	15,0

Ein Prozentpunkt Mehrwertsteuererhöhung bringt dem deutschen Fiskus jährlich rund **8 Mrd. Euro** Mehreinnahmen.

schlagenen Weg würde der Regierungschef deutlich kraftvoller vorankommen.

Dass der reformfreudige Wirtschafts- und Arbeitsminister Wolfgang Clement den Kanzler auf der Beliebtheitsskala überholt hat, ist diesem nicht entgangen. Wenn seine Partei ihn lässt, will Schröder die notwendige und von ihm selbst jahrelang verzögerte Modernisierung der Deutschland AG nun anpacken. „Für eine Politik des Stillstands braucht das Land dich nicht“, redet ein Vertrauter ihm Mut zu.

Die SPD soll mit einem neuen Grundsatzzprogramm auf Reformkurs getrimmt werden. Generalsekretär Scholz wurde beauftragt, dafür den Überbau zu liefern, in dem das wichtigste Wort „Modernisierung“ heißen wird. Spätestens im November, auf dem dann anstehenden Parteitag, soll das gut 20 Thesen umfassende Werk vorgestellt werden.

Ausgerechnet eine deftige Wahlniederlage könnte den Reformern die Arbeit erleichtern: Wichtige Gesetze lassen sich nur mit Hilfe der Union, die den Bundesrat nach Siegen in Hannover und Wiesbaden massiv dominieren würde, durchsetzen – ein wirksames Argument, um die Begehrlichkeiten von Gewerkschaften und Parteilinken abzublocken. Die Grünen drängen ohnehin auf einen mutigeren Kurs.

Allerdings wird dazu viel Verhandlungsgeschick nötig sein – vor allem in der Steuerpolitik. Finanzminister Eichel lässt

nicht nur intensiv an seinem Gesetzestext zur Abgeltungsteuer (siehe Seite 77) feilen. Seine Experten basteln zudem an einem Projekt, das einem steuerpolitischen Neustart gleichkäme. Das Kanzleramt war bis Freitagabend von den Überlegungen nicht informiert.

Der Kassenwart wird, so das Planspiel für die Verhandlungen im Vermittlungsausschuss, sein allseits unbeliebtes „Steuerergünstigungsabbaugesetz“, einen Katalog aus gestrichenen Subventionen und erhöhten Steuern, auf Druck der Union größtenteils einstampfen.

Bislang hatte Eichel sein Paket eisern verteidigt. Nun würden, angesichts der Mehrheitsverhältnisse, fast alle Punkte fallen. Nur an der „Mindeststeuer“, die die großen Aktiengesellschaften trifft und die dafür sorgen soll, dass das Aufkommen aus der Körperschaftsteuer wieder steigt, möchte das Ministerium festhalten. Darauf hatte sogar die Union gedrängt.

Den ganz großen Coup visieren die Strategen für nächstes Jahr an: Dann würde die letzte Stufe der Steuerreform von 2005 auf 2004 vorgezogen. Um rund 20 Milliarden Euro könnten Bürger und Unternehmen damit entlastet werden – ein Schub, der die lahme Konjunktur wieder in Gang bringen soll.

Um das Minus in den staatlichen Kassen in Grenzen zu halten, denken die Steuerexperten an eine Operation, die höchst unpopulär und nur gemeinsam mit der Union machbar wäre: eine Mehrwertsteuer-Erhöhung. Die hat Eichel öffentlich ebenso wie der Kanzler bislang strikt abgelehnt.

Die Mehrwertsteuer könnte nach diesem Szenario um zwei Prozentpunkte steigen. Das brächte Mehreinnahmen von rund 16 Milliarden Euro.

Kurzfristig würden Bürger und Unternehmen durch dieses Paket entlastet. Mittelfristig dürfte vor allem der Finanzminister profitieren: Der Fiskus hätte, weil das Vorziehen der Steuerreform nur einmalig 2004, die Erhöhung der Mehrwertsteuer aber auf Dauer wirkt, unterm Strich ab 2005 sieben bis neun Milliarden Euro zusätzlich in der Kasse – Jahr für Jahr.

Nichts ist entschieden. Vor den Wahlen, lautete Ende letzter Woche die mit Wissen Eichels ausgegebene interne Direktive, werde allein schon die Existenz dieser Gedankenspiele demontiert. Von einer wahlkämpfenden Union sind ohnehin keine Einigungssignale zu erwarten.

Nach dem 2. Februar sieht vieles anders aus: Eine simple Ablehnungsfront wird sich nicht halten lassen. Alle Länder müssten ohne zusätzliche Einnahmen drastische Sparprogramme verabschieden.

Nur mit der Union wird auch SPD-Ministerin Ulla Schmidt ihre ehrgeizige Gesundheitsreform umsetzen können. Den Referentenentwurf ihres Gesetzes hat sie bereits seit Wochen in der Schublade. Zwei



MARCO URBAN/DE

Christdemokraten Wuff, Merkel, Koch: Gegenseitiges Belauern

Tage nach der Wahl soll er an die Öffentlichkeit.

Die Grundzüge stehen schon fest. So will die Ministerin endlich Wettbewerb zwischen Hausärzten, niedergelassenen Ärzten und Krankenhäusern erlauben: Die Kassen sollen nach Schmidts Plan künftig Einzelverträge mit ausgesuchten Medizinern schließen dürfen. Patienten möchte sie Rabatte anbieten: Wer immer zuerst zum Hausarzt geht, anstatt gleich einen Facharzt aufzusuchen, soll mit einem niedrigeren Kassenbeitrag belohnt werden.

Viele in der SPD-Spitze sehnen sich regelrecht nach einer Phase der engeren Kooperation mit den CDU-Ländern. Die Vorteile lägen in der Sache und in der politischen Strategie. Denn die Christdemokraten im Bundestag unter Führung von Angela Merkel wären weitgehend neutralisiert. Die Möchtegern-Kanzlerin hätte kaum Möglichkeiten der Profilierung.

Vor allem einer würde von dem Miteinander profitieren: Roland Koch. Der Hesse, der sich selbst als „Raubbau“ bezeichnet, könnte gegenüber der Regierung als

Partner und Gegenspieler des Kanzlers punkten. Die negativen Charakterbeschreibungen, von denen die Demoskopien regelmäßig berichten, könnte der Ministerpräsident so ein wenig schleifen: mehr Staatsmann, weniger Schlitzohr, eher Anwalt der Bürger als parteilicher Polemiker.

Der Kanzler und sein Superminister Clement glauben, dass sie mit dem Hessen und dem ihm nahe stehenden Merkel-Vize Friedrich Merz, in der Union für die Wirtschafts- und Finanzpolitik zuständig, ihr Reformprogramm mit nur wenigen Abstrichen umsetzen können. Politisch würden alle Partner dieser informellen Großen Koalition auf Zeit profitieren. Schröder kann regieren, Koch darf sich profilieren.

In der Unionsspitze sind sich alle einig, dass ein Wahlsieger Koch der Partei- und Fraktionschefin Angela Merkel die Kanzlerkandidatur im Jahr 2006 streitig machen will. Das gegenseitige Belauern tritt dann in eine neue Phase.

Die SPD jedenfalls setzt darauf, dass der latente Führungskonflikt die Kampfkraft der Union schwächen würde – wie schon zu den Zeiten, als noch die K-Frage schwebte. Ein SPD-Spitzenfunktionär: „Auf diesen Dauerkonflikt freuen wir uns sehr.“

PETRA BORNHÖFT, HORAND KNAUF, ROLAND NELLES, ALEXANDER NEUBACHER, RALF NEUKIRCH, ULRICH SCHÄFER, CHRISTOPH SCHULT

„Präventivschlag gerechtfertigt“

Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) über den drohenden Krieg gegen Diktator Saddam Hussein

SPIEGEL: Viele Politiker sind empört über den amerikanischen Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, weil der die Haltung von Deutschen und Franzosen in der Irak-Frage als „Problem“ beschrieben hat. Sie auch?

Schönbohm: Ich kann verstehen, dass Rumsfeld enttäuscht ist. Er hat ein unglückliches Bild benutzt, aber wir sollten ihn ernst nehmen und ihm zuhören. Es besteht die Gefahr, dass Deutschland die Nato in Handlungsunfähigkeit stürzt. Die Haltung der Bundesregierung ist ein Affront gegen die Beschlüsse des Unosicherheitsrats und die Inspektoren, die ihre Ergebnisse erst noch vorlegen.

SPIEGEL: Falls die USA einen plausiblen Kriegsgrund nennen können, sollte die Bundesrepublik mitziehen?

Schönbohm: Die Amerikaner verfügen über die besten Informationsquellen. Wenn der Sicherheitsrat die Auffassung der US-Regierung, dass Saddam Hussein gegen die Uno-Resolution 1441 verstoßen hat, zustimmend zur Kenntnis nimmt, darf sich Deutschland nicht isolieren. Die

USA sind unser wichtigster Bündnispartner. Das Ziel ist die Beseitigung von Massenvernichtungswaffen. Wenn Saddam nicht mit den Vereinten Nationen kooperiert, muss er mit Konsequenzen rechnen, dazu gehört auch sein Sturz.

SPIEGEL: Soll sich Deutschland daran militärisch beteiligen?

Schönbohm: Unsere Mittel sind durch die vielen Auslandseinsätze der Bundeswehr ziemlich erschöpft. Aber wenn wir noch logistische Kapazitäten haben, könnten wir sie anbieten.

SPIEGEL: Kann es sich die Union denn leisten, gegen die große Mehrheit der Deutschen einen Militärschlag zu befürworten?

Schönbohm: Wir dürfen nicht vergessen, dass Saddam mit Giftgas gegen das eigene Volk vorgegangen ist, friedliche Nachbarn brutal überfallen hat, Israels Exis-

tenzrecht bestreitet und Terroristen weltweit unterstützt. Wir müssen den Menschen klar machen, dass die Gefahr von Saddam ausgeht und nicht von Präsident Bush.

SPIEGEL: Ist es für CDU/CSU kein Problem, wenn der Papst und die deutschen Bischöfe „Nein zum Angriffskrieg“ rufen?

Schönbohm: Viele in der Union schmerzt es, dass der Papst sich so früh festgelegt hat. Im Übrigen hat auch er Krieg als Ultima Ratio nicht ausgeschlossen ...

SPIEGEL: ... in einem Halbsatz.

Schönbohm: Wenn wir Deutschen daran denken, unter welchen Opfern Adolf Hitler niedergeworfen wurde, müssen wir zu dem Schluss kommen, dass es Situationen gibt, wo die Staatengemeinschaft zusammenstehen muss. Es gibt leider Gefahren, die sich nur mit militärischen Mitteln beseitigen lassen.

SPIEGEL: Sie glauben an den „gerechten Krieg“?

Schönbohm: Nein, aber wenn es sich um Notwehr handelt, ist ein Präventivschlag gerechtfertigt.



MARC-STEFFEN LINGER

CDU-Politiker Schönbohm „Affront gegen die Uno“